

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 20. Juni 1924.

Ein neuer Rauchfangkehrertarif. Die Rauchfangkehrergehilfen haben gegenwärtig einen Wochenlohn von 409.000 Kronen. In diesem Betrage ist aber die Vergütung für das vom Gehilfen beizustellende lederne Arbeitsgewand, Handwerkszeug und Waschmaterial inbegriffen, so daß der reine Arbeitslohn 350.000 Kronen beträgt. Die Gehilfenschaft hat eine 25%ige Lohnerhöhung angestrebt, die sich im bestehenden Kehrtarif auswirken muß. Vom Magistrate wurden daher mit den Interessenten Verhandlungen geführt, bei denen die Gehilfenschaft ihre Lohnansprüche auf die Indexauswirkung reduzierte. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlungen wird vom 1. Mai an eine Tarifierhöhung um rund 16% vom 285fachen auf das 300fache des Grundtarifies vom Jahre 1920 vorgenommen. Die Mehrbelastung einer Kleinwohnung beträgt rund 160 Kronen monatlich.

Freikonzert am Heldenplatz. Der Neubauer Männergesangverein veranstaltet am Montag, den 23. Juni (bei schlechter Witterung am 27. Juni) am Heldenplatz um 7 Uhr abends ein Freikonzert unter der Leitung seines Chormeisters Herrn Sigismund Schnabel, bei dem Chöre von Hans Wagner, Kirchl, Eyrich und V. Kehlendorfer vorgetragen werden.

W I E N E R G E M E I N D E R A T
Sitzung vom 20. Juni 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Ein Antrag der Gemeinderäte Schleifer, Reismann, Fränkel und Genossen, der den Gemeinderat auffordert, gegen die geplante Erhöhung der Zölle auf Baumaterialien, vor allem auf Zement, zu protestieren, da durch die erhöhten Zollsätze das Investitionsprogramm der Gemeinde, insbesondere das Wohnbauprogramm gefährdet wird, wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Gemeinderat genehmigte sodann ohne Wortmeldung die Erbauung eines Verwaltungsgebäudes im Strassenbahnhof Ottakring, um den Betrag von drei Milliarden Kronen, ferner die Verlegung des Teiles der Strassenbahnlinie 2 zwischen der Sezession und der Akademiestrasse und die damit zusammenhängenden Änderungen an den Gleisen der Linien Neuer Markt-Bahnhof Meidling und Kärntnerstrasse-Favoriten mit einem Kostenbetrag von 2100 Millionen Kronen. Ohne Debatte wurde der Ankauf von Grundstücken und Häusern in der Leopoldstadt, auf dem Alsergrund, in Favoriten/Simmering

beschlossen. Für den Neubau einer Tagrambaracke mit Unterkunftsräumen für das Personal in der städtischen Kindererholungsstätte in Pötzleinsdorf wurde ein Betrag von 400 Millionen Kronen und für die Erweiterung des städtischen Ziegelwerkes in Oberlaa ein Kredit von rund 1.7 Milliarden genehmigt. Angenommen wurde auch der Entwurf für den Bau einer Schleppebahnanlage von der Station Hernals der Vorortelinie zur projektierten Wohnhausgruppe „Sandleithen“ und gleichzeitig die Kosten von einer Milliarde bewilligt. Schließlich wurden noch ohne Debatte zwei Milliarden Kronen für Strassenerhaltungsarbeiten und der gleiche Betrag für den Ankauf von vier Strassenwalzen bewilligt. Für den Geschäftsbereich der städtischen Zahnkassen wurde die Stelle eines Primararztes und einer Hilfskraft systemisiert. Auch die Liquidierung der Hausgehilfenkrankenkasse der Gemeinde und die Aufkündigung des Dollarkredits der Nationalbank an die WAG wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

StR. Speiser beantragt die Genehmigung eines Kollektivvertrages für die Arbeiter der städtischen Reparaturwerkstätte für Wassermesser.

GR. Panosch (chr. soz.) wünscht zu erfahren wieviele Arbeiter in dieser Werkstätte beschäftigt sind und welchen Umfang die Beschäftigung an gewerblichen Arbeitern in den verschiedenen Arbeitskategorien überhaupt genommen hat. Man hört, daß immer beim Abschluß eines Kollektivvertrages solche Werkstätten existieren. Es ist für die Gemeinde Wien nicht von großem Vorteil, wenn sie derartige Arbeiten in eigener Regie ausführt, sie sollte diese lieber dem Gewerbestande zukommen lassen. Auch auf dem Gebiete des Pflückerwesens geht die Gemeinde nicht richtig vor. So soll in einer Magistratsabteilung ein Obermonteur zur Reparatur von Uhren verwendet werden,

d.h. einen Arbeiter direkt zum Pflücker animieren.

GR. Haider (chr. soz.) hat gegen die Lohnerhöhung nichts einzuwenden, möchte aber bei dieser Gelegenheit eine andere mit ihr in Beziehung stehende Sache erörtern. Die Gemeindeverwaltung vergibt die Herstellung von tausenden von Wassermessern. Dabei richtet sie nicht ihr Augenmerk auf die Förderung der heimischen Industrie und des heimischen Gewerbes. So hat die Gemeinde Wien neue Wassermesser um den Betrag von 8.992.470.000 Kronen bestellt und diesen Auftrag an drei Firmen und zwar an die Firma Siemens und Halske, an die Firma Meineke und an die Firma Schünzel übergeben. Die Firma Siemens und Halske ist allerdings zum Teile wenigstens eine österreichische Unternehmung, aber die Firma Meineke ist eine deutsche Firma, die ihren Sitz in Breslau hat. Die österreichische Firma Spanner wurde bei dieser enormen Bestellung übergangen, und zwar, wie es heisst, weil sie christlich organisierte Arbeiter in ihren Betrieben hat. Freilich auch Arbeiter, die schon zwanzig und dreissig Jahre in ihren Betrieben tätig sind. Der Haß der Gemeindeverwaltung gegen das inländische Gewerbe und heimische Industrie darf nicht so weit gehen, daß man bei Bestellungen von über acht Milliarden Kronen die heimische Erzeugung übersieht. StR. Speiser beantwortete die Anfrage des G. R. Panosch über die Zahl der in der Wassermesserreparaturwerkstätte beschäftigten Arbeiter damit, daß hier 20 Arbeiter tätig sind. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter in Gemeindebetrieben überhaupt, werde erst später dem Gemeinderat bekanntgeben. Redner konstatiert aber, daß die Existenz dieser Werkstätte nicht erst anlässlich der Revision eines Kollektivvertrages dem Gemeinderat bekanntgegeben werde, sondern daß diese Reparaturwerkstätte durch einen Beschluß des Gemeinderates im Jänner 1922 gegründet wurde und im Jänner 1923 ihre Tätigkeit begonnen hat. Diese Werkstätte wurde geschaffen, weil die Firmen, die sich mit dem Reparieren von Wassermessern beschäftigen, dies im allgemeinen nur nebenbei betrieben und zahlreiche Klagen über den schlechten Zustand der Wassermesser einliefen. Deshalb mußte die Gemeindeverwaltung diese Werkstätte errichten, um die Anstände zu beseitigen. Alle deutschen Städte führen Wassermesserreparaturen selbst durch und während der Herrschaft der Christlichsozialen im Rathause haben das Gaswerk und Elektrizitätswerk alle ihre Messer selbst repariert. Bezüglich der angeblichen Uhrenreparaturen durch einen Obermonteur in einer Magistratsabteilung wird der Redner Erhebungen pflegen lassen. Im allgemeinen billigt niemand und auch kein Sozialdemokrat das Pflücken außerhalb der normalen Arbeitszeit oder das Abtreiben von Arbeiten bei Gewerbetreibenden, insofern nicht ein Nutzen für die Allgemeinheit damit verknüpft ist. Bezüglich der Klagen des GR. Haider über die Vernachlässigung der heimischen Industrie teilt Redner mit, daß von der Bestellung von acht Milliarden in das Ausland nur ein Achtel hinausgegangen ist und sich diese eine Milliarde nur zu einem gewissen Teile, weil Nebenarbeiten für diese Milliarde im Inlande hergestellt wurden. Die Firma Meineke, eine der ersten Spezialfirmen auf dem Kontinent, erzeugt besondere Patente und größere Wassermesser, die eine andere Firma herzustellen, gar nicht in der Lage ist, und die auch nicht im Inlande hergestellt werden können. Die Firma Siemens und Halske hat einen großen Betrieb in Berlin und einen in Wien. Jeder dieser Betriebe ist für gewisse Arbeiten spezialisiert. Es werden also gewisse Bestandteile ihrer Erzeugnisse in Wien erzeugt und nach Berlin verschickt und umgekehrt. Was endlich die Uebergehung der österreichischen Firma Spanner betrifft, über die GR. Haider Beschwerde geführt habe, und die er politischen Motiven zuschrieb, so ist Redner durch diese Imputation genötigt, zu erklären, daß die Gemeinde mit dieser Firma schlechte Erfahrungen gemacht habe. Anfang 1922 wurden ihr bei 93 Stück Wassermesser bestellt und heute sind davon 37 Stück, d.h. 40% reparaturbedürftig. Die Lieferungsbedingungen enthalten aber die Bestimmung, daß, wenn 20% der bestellten Gegenstände nach drei Jahren einer Reparatur unterzogen werden müssen, die ganze Lieferung einer Firma zurückzustellen ist. Im den Jahren 1913 und 1914 wurden von der Firma Spanner rund 2400 Wassermesser geliefert, die infolge ihrer mangelhaften Konstruktion und Ausführungen jetzt nach 10 Jahren überhaupt nicht mehr verwendet werden können. Man kann also nicht sagen, daß hierder Haß wegen einer christlichen Firma mitgespielt hat, sondern daß die Firma für die Gemeinde schlecht geliefert hat und die Gemeindeverwaltung musste sie pflichtgemäß aus rein sachlichen Gründen von der Bewerbung ausschalten. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

StR. Speiser berichtet sodann über die fünfprozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke und Ueberlandzentrale.

GR. Haider (chr. soz.): Auch die Minderheit könne gegen die Lohnerhöhung keine Einwendungen machen, da sie aber kein Freund des Lizitierens sei, unterlasse sie es Anträge auf entsprechende Erhöhung der Lohnsätze zu stellen. Man müsse darauf aufmerksam machen, daß es der Mehrheit darum zu tun sei, die breite Öffentlichkeit irre zu führen, wenn man von einer fünfprozentigen Lohnerhöhung der Elektrizitätsarbeiter spreche. In Wirklichkeit wäre das keine fünfprozentige Lohnerhöhung, da die Alterszulage sowie die Starrezulage, beides Bestandteile des Lohnes, keine entsprechende Erhöhung erführen. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung trachte immer danach, die städtischen Arbeiter und Angestellten als glänzend bezahlt erscheinen zu lassen. Die Minderheit sei aber der Meinung, daß die Entlohnung der städtischen Arbeiter keine glänzende, ja nicht einmal eine genügende sei. Man müsse an eine Reihe von Bonifikationen denken, die von der früheren christlichsozialen Verwaltung den städtischen Arbeitern, besonders aber den Elektrizitätsarbeitern zugestanden worden seien. Letztere hätten sogar den Eigenbedarf an Strom nicht zu bezahlen gebraucht. Wenn heute von den Sozialdemokraten immer so viel von den Zuwendungen und Begünstigungen gesprochen würde, handle es sich in allen diesen Fällen nur um aus der Zeit der christlichsozialen Verwaltung übernommenen Einrichtungen. Die Minderheit habe auch noch den Herrn Referenten zu ersuchen, auf besonders in den Elektrizitätswerke heute noch herrschende gesundheitswidrige Verhältnisse mit Nachdruck hinzuweisen.

StR. Speiser

weist vor allem darauf hin, daß

die Starrezulage nirgends in der Welt bei Lohnverhandlungen entsprechend der Erhöhung des Lohnes ebenfalls erhöht würde, denn sonst könnte sie nicht als eine Starrezulage bezeichnet werden. Es sei also, dem Herrn GR. Haider in diesem Falle ein kleiner Lapsus unterlaufen. Dass die Bonifikationen von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung übernommen worden wären, gebe Referent unumwunden zu, nur dürfe man nicht vergessen, daß in der Auffassung der Bonifikationen und in ihrer Wirksamkeit zwischen der christlichsozialen Stadtverwaltung und ehemals und der heutigen sozialdemokratischen Stadtverwaltung ein bedeutender Unterschied sei. Früher bedeuteten die Bonifikationen nichts anderes als eine ganz kleine Entschädigung für einen sehr sehr schlechten Lohn, heute bedeuten diese Bonifikationen Einrichtungen, die im Interesse der Arbeiterschaft von dieser selbst sobald als möglich überwunden und beseitigt gewünscht werden, sobald man eben ein/entsprechend ausreichenden Lohn werde bezahlen können. Die Gemeindeverwaltung leiste auf dem Gebiete der Bonifikation heute ganz gewaltiges, wenn sie sieben Prozent vom Lohneinkommen für die Pensionskasse und ein dreizehntel Prozent vom Lohneinkommen für die Krankenfürsorge der städtischen Arbeiter und Angestellten aufwende. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes seien durchschnittlich um 20 und 30 Prozent besser bezahlt, als die Arbeiter der gleichen privaten Industrie, wie etwa bei Siemens und Halske und Siemens Schuckert. Wirklich ausreichend müsse das Wocheneinkommen eines besonders guten Arbeiters mit 871.000 Kronen angesprochen werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

StR. Speiser referiert über den Zuschusskredit von 435 Millionen Kronen für das Jahr 1924 zur Bedeckung der durch Personalvermehrung in den Heilanstalten der Stadt Wien erwachsenden Kosten.

GR. Stöger (chr. soz.): Auf den ersten Blick müsse einem dieser Antrag sympatisch erscheinen. Bei genauerer Einsicht fände man aber, daß mit diesem Antrag, sowie mit vielen anderen, die Prinzipien der Demokratie aufs Ärgste verhöhnt wird. Nirgends herrsche eine so schrankenlose Willkürherrschaft, als auf diesem Gebiete, wosich die Mehrheit geflüßeltlich jeder Kontrolle durch die Minderheit entziehe. Wahrscheinlich hätte die Mehrheit dazu ihre guten Gründe. Ein Beispiel charakterisiere ganz besonders die unfähige Verwaltung, die Kinderheilstätte Bad Hall. Hier könnten 300 Millionen Kronen im Jahr der Steuerzahlenden Bevölkerung erspart bleiben, wenn es nicht der Gemeinderatsmehrheit nach kulturkämp-

ferischen Auesserungen gelüstete. In der Kinderheilanstalt Bad Hall begann man vor einem Jahre sehr an unrichtiger Stelle und gegen den entschiedenen Widerspruch der Minderheit am Personal abzubauen, nur darum, um seit sieben Jahrzehnten im charitativen Dienste stehende Ordensschwestern davonzujagen. An die Stelle der Ordensschwestern mußten weltliche Krankenpflegerinnen gesetzt werden, deren Zahl bis heute die Zahl der Ordensschwestern um zehn überschreitet. Die Verwaltung wurde bisher von der Oberin der Schwestern unentgeltlich aus freien Stücken im Nebenteleamt geführt, in der Zeit, aber wo das Ärgste Sparen notwendig gewesen wäre, wurde an deren Stelle ein kulturkämpferischer Verwalter gesetzt. Daß dadurch die finanzielle Belastung der Gemeinde eine bedeutend größere ist, sei eine Selbstverständlichkeit. Mit dieser Tatsache stehe im Ärgsten Widerspruch der Umstand, daß man von den Ärmsten Eltern oft ganz unaufbringliche Verpflegskostenbeiträge, allerdings unter anderen Namen, wie Elterngelder, einzutreiben versucht. Dort wirft man Millionen für schlechte kulturkämpferische antichristliche Zwecke hinaus und hier presst man aus den Ärmsten Ständen so verhältnismässig lächerlich geringe Beträge. Sozialdemokratische Theorie und sozialdemokratische Praxis decken sich hier nicht. Es sei auch höchst verwunderlich, daß bis heute das Kuratorium für die Anstalt in Bad Hall, das doch vom Gemeinderat gewählt wurde, noch nie einberufen worden ist. StR. Breitner hat da ruhig erklärt, daß man gar nicht daran denke, dieses Kuratorium einzuberufen. Warum es dann nicht aufgelöst wird, ist mir unerfindlich. So wie man die geistlichen Schwestern aus dieser Anstalt entfernt habe, werde auch mit dem übrigen Personal verfahren. Ausgezeichnet werden nur ekelhafte Konjunktursozialisten, so daß nach den letzten Massenauszeichnungen es eigentlich keine Ehre mehr ist, wenn man ausgezeichnet wird. Brechen Sie mit dieser Wirtschaft und das Vertrauen des gesamten aufrecht gebliebenen städtischen Personals ist Ihnen sicher. (Beifall).

StR. Speiser: Mein Vorredner hat das Märchen wiederholt, daß bei den Auszeichnungen parteiisch vorgegangen wird. (Große Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Wenn Sie lachen, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß Sie sich eine wirklich moderne und gerechte Verwaltung nicht vorstellen können, weil Sie immer an die Zeiten denken, in denen Sie in einer wirklich unerhörten Weise diese Stadt verwaltet haben. (Stürmischer Beifall). Als Angehörige einer Partei, die durch zwanzig Jahre hindurch eine geradezu unerhörte Protektions- und Korruptionswirtschaft geübt hat, haben Sie das Recht verwirkt, wenn selbst solche Dinge jetzt vorgekommen wären, daran Kritik zu üben. Ich selbst nehme die Verantwortung für alle diese Dinge auf mich und sage Ihnen, daß in hunderten Fällen, wo in Anlehnung an die alten Verhältnisse der christlichsozialen Zeit, von mir solche Dinge verlangt worden sind, ich den größten Widerstand geleistet habe. Soll man hier in diesem Saale immer wieder von den Christlichsozialen Lehrerverfolgungen sprechen, jetzt, wo als lebende Zeugen Seitz und Täubler hier sitzen? Wenn Sie etwa wünschen, daß wir die Sünden dieser Zeit besprechen, wir sind bereit, Sie werden dann Gelegenheit haben, den Unterschied zwischen einst und jetzt zu sehen. Wir haben bei der Uebernahme der Verwaltung auch zahllose Kuratorien vorgefunden, die niemals gearbeitet haben. Die Arbeit des Kuratoriums für Bad Hall besorgt heute der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtsangelegenheiten. Wenn wir die Eltern dazu verhalten, nach ihrer wirtschaftlichen Kraft Verpflegskostenbeiträge zu leisten, so gehen wir von dem Grundsatz aus, daß die Bettelgesinnung der Jahre 1919 und 1920, die so entwürdigend ist, abgebaut werden soll. Bedürftige Eltern werden nie etwas bezahlen und im Bad Hall sind auch 50% Kinder untergebracht, für die von der Gemeinde die vollen Kosten getragen werden. (Lebhafter Beifall).

StR. Speiser berichtet über die Regelung der Bezüge der Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes.

GR. Dirisamer (chr. soz.) bringt den Fall des Pferdewärters Kobler aus dem Fuhrwerksbetrieb Simmerin zur Sprache, der sich im Jahre 1919 geweigert hatte, im Handels- und Transportarbeiterverband aus der zweiten in die Beitrittsklasse überzutreten und deshalb vom Betriebsobmann aus dem Betriebe gedrängt wurde, obgleich sich die Kollegen seines Betriebes seiner annahmen. Der Betriebsobmann wurde später auch wegen Erpressung angeklagt und von der zweiten Instanz zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt. Redner bringt auch andere Fälle zur Sprache, in denen städtische Arbeiter angeblich aus politischen Motiven verfolgt und entlassen wurden, und schliesst mit dem Wunsche, daß die Prinzipien wahrer Demokratie in den Unternehmungen der Gemeinde Wien zu Wirkung gelangen.

GRin. Dr. Motzko (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß bei diesem Kollektivvertrage von dem bisher befolgten Prinzip der Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeiter abgegangen wurde und daß die Depotarbeiterinnen bei den Fuhrwerksbetrieben, die bisher den Hilfsarbeitern gleichgestellt waren, bei den Lohnerhöhungen und sonstigen Vergütungen ihrer Leistungen nicht berücksichtigt werden. Die/Depotarbeiterinnen ist unsauber und gesundheitsschädlich und verdient bei vielleicht geringerer physischer Kraftaufwendung der Arbeiterinnen doch eine gewisse Berücksichtigung.

StR. Speiser erklärt auf die vorgebrachten Beschwerden des GR. Dirisamer nicht eingehen zu können, da diese Fälle so weit zurückliegen, daß er sie ohne Vorbereitung nicht in Erinnerung habe. Bezüglich der Verurteilung des Betriebsobmannes wisse er aber, daß dieses Urteil in Arbeiterkreisen Entrüstung hervorgerufen habe und dass dagegen außerordentliche Rechtsmittel angewendet wurden. Redner verkennt nicht, daß es eine aus England zu uns herübergekommene gewerkschaftliche Auffassung gibt, nach welcher die Arbeiter eines Betriebes, die die Vorteile einer Organisation genießen, auch fest in einer Organisation zusammengeschlossen sein müssen. Als Verwalter der städtischen Betriebe könne er diesen Standpunkt nicht akzeptieren und einen Zwang zum Beitritt Organisation nicht anerkennen. Bezüglich der anderen vorgebrachten Fälle müsse Redner aber bitten, bei der Uebernahme von privaten Informationen vorsichtig zu sein. GRin. Dr. Motzko antwortet Redner, daß die Gleichstellung der Depotarbeiterinnen mit Hilfsarbeitern bei der früheren Lohnregulierung nur wegen der geringen Zahl der Arbeiterinnen vorgenommen wurde, die sich später aber mit Rücksicht auf die Rückwirkung in anderen Betrieben, dagegen Bedenken geltend machten. Im übrigen sind aber die Depotarbeiterinnen gewiß besser gestellt, als viele Arbeiterinnen in Privatbetrieben. Schliesslich werden die Anträge des Referenten angenommen.

GR. Grünfeld berichtet über die Umgestaltung und Organisation der Friedhofsverwaltung als Betrieb und ersucht um Genehmigung des Gemeinderat vorliegenden Organisationsstatuts.

GRin. Dr. Motzko spricht sich gegen diese Organisation aus und verweist auf meritorische und formelle Gründe, die dem beabsichtigten Schritt als unklug erscheinen ließen. Es ginge nicht an, daß die Gemeindefunktionen, die ihr als autonome Obrigkeit als Pflicht zustünden, in Form von Gewinnunternehmungen durchführten. Zur besseren Klärung und Durchberatung der Angelegenheiten, die von weittragender Bedeutung wären, sehe sich Rednerin bemüsst, den Antrag auf Absetzung des Referates von der Tagesordnung und auf Rückverweisung in dem zuständigen Ausschuss zu stellen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Rückverweisung abgelehnt und der Antrag des Referenten mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

GR. Fischer referiert über Zuschußkredite für die Ausgestaltung der Lagerhäuser der Stadt Wien und zwar 100 Millionen über den bereits genehmigten Kredit von einer Milliarde Kronen bei der Erbauung von drei neuen Wagenmagazinen im Prater und weitere 50 Millionen Kronen über den bereits genehmigten Kredit von 400 Millionen bei der Rangier- und Spillanlage in der Kaianlage der Lagerhäuser, Lohnsteigerungen im Baugewerbe,

bezw. die Erweiterung des Projektes machen diese Zuschußkredite notwendig.

GR. Rotter (chr. soz.) erklärt, daß er sich schon einmal wegen einer weiteren Vergrößerung des Lagerhauses ausgesprochen habe, weil nach seinen Informationen die Verhältnisse im Lagerhaus sehr schlecht seien. Wie er höre, sei der Lagerbestand kaum größer als 20 Waggons bei einem Fassungsraum von bei nahe 3000 Waggons. Die Gründe liegen gewiß in der allgemeinen Geschäftskrise, ferner die Konkurrenz anderer Donauhäfen, wie Pressburg, Passau, Budapest und Regensburg, deren Tarife niedriger seien, ferner die schlechte Verwaltung. Gerüchten zufolge bewege sich das Defizit des Lagerhauses von einer Summe von 10 Milliarden Kronen. Redner habe auch gehört, daß man neue Tariferhöhungen plane. Schluß sei ferner die Ueberlastung des Lagerhauses mit zu viel Personal. Es gebe auch Gerüchte, die von einer Verpachtung, ja von einem Verkauf der Lagerhäuser sprechen. Schliesslich bringt Redner einen Antrag ein, daß dem Gemeinderat binnen vier Wochen über die finanzielle und kommerzielle Lage des Lagerhauses Bericht erstattet werde.

VB. Emmerling sagt, die Rede des GR. Rotter sei der typische Beweis dafür, daß man über geschäftliche Unternehmungen nicht in einer öffentlichen Sätzungsreden soll. GR. Rotter habe mit wahren Gerüchten und Informationen aus dritter Hand ungeheuerliche Behauptungen vorgebracht, die geeignet seien, ein Geschäft im Mißkredit zu bringen. Man spricht nicht von Tariferhöhungen, Verpachtung und Verkauf eines Unternehmens, wenn man dessen nicht sicher ist, solches Gerede könnte die Lagerhäuser in Mißkredit bringen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht wisse, was sie auf solche Ausführungen zu geben hat. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Der zuständige Ort für die Ausführungen des GR. Rotter würde der Unternehmungsausschuss gewesen. Er hat aber für alle seine Behauptungen nicht den Schatten eines Beweises. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Rotter erklärt, daß er im Unternehmungsausschuss nicht die Möglichkeit habe zu sprechen, weil das Referat abgesetzt wurde.

VB. Emmerling: Sie haben ^{dort} ja die Möglichkeit zu reden, wann sie wollen.

GR. Rotter: Versichert nochmals, daß er nicht die Absicht habe, die Lagerhäuser in Mißkredit zu bringen und verlangt die Annahme seines Antrages.

GR. Fischer: Die Verhältnisse im städtischen Lagerhaus sind naturgemäß bedingt durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen. Man kann nicht sagen, daß unser Lagerhaus in schlechteren Verhältnissen sich befände, als irgend ein anderes. Der Geschäftsgang ist nach der Konjunktur bald ein regerer, bald ein mehr schleppender. Gegenwärtig sind Wagen im Ausmaß von bei häufig von 2000 Waggon eingelagert. (GR. Rotter: Das ist eine offene Unwahrheit!) Im Lagerhaus wurde in letzter Zeit ein bis zu 40% gehender Personalabbau durchgeführt, der begründet war durch modernere, rationellere Maschinen, die in Betrieb gestellt wurden.

Der Zusatzantrag des GR. Rotter wird bei der Abstimmung abgelehnt und der Antrag des Referenten genehmigt.

4

Einzufügen in die Debatte über das Lagerhaus nach der Rede des Vizebürgermeisters Emmerling
Bürgermeister Seitz richtet bei diesem Anlass an alle Mitglieder des Gemeinderates den dringenden Appell, sich in ihrer Kritik über die geschäftlichen Unternehmungen der Gemeinde eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Wenn auch der Sachkundige bei solchen Erörterungen weiss, wieviel er davon auf das Konto der parteipolitischen Uebertreibungen zu buchen hat, so könnte doch hier und da der Verdacht entstehen, dass an solchen Behauptungen doch etwas richtig sei. Das wäre gegen das Interesse der Gemeinde überhaupt, nicht der einen oder anderen Partei. Es kann nicht laut und nicht deutlich genug festgestellt werden, dass das Lagerhaus ein blühendes geschäftliche Unternehmen ist, dass von Schwierigkeiten beim Lagerhaus nicht die Rede sein kann, sondern dass dort das Geschäft wie alle derartigen Unternehmungen von der jeweiligen Konjunktur abhängig ist. Ebenso kann von irgendwelchen Unzukömmlichkeiten in den Lagerhäusern nicht die Rede sein. Ich wünsche das mit allem Nachdruck festzustellen, damit jeder Verdacht gründlich beseitigt werde und bin überzeugt, dass bei keinem Mitgliede des Gemeinderates auf Widerspruch zu stossen.

VB. Emmerling berichtet über den Bau einer Strassenbahnschleife Kollingasse, Wasagasse-Schottenring, der zur Erleichterung des starken Strassenbahnverkehrs beim Schottentor durchgeführt werden soll. Die Kosten betragen 2.4 Milliarden Kronen.

GR. Rummelhardt stellt fest, dass hier endlich einmal auf die Gründe der Minderheit gehört wurde. Es wäre nur noch zu wünschen, dass der Vorgarten beim Kaffee Dobner nicht geschmälert wird, weil das Bild der Stadt bezüglich dieser Vorgärten keine Veränderung erfahren soll. Die Wünsche wegen der Linie 5, die bereits im Stadtsenat vorgebracht worden sind, sollten doch einmal berücksichtigt werden. Dort fahren die Wagen rasend schnell durch die Laudongasse und kommen oft aus dem Gleise. Eine Zeitlang war dort ein Wächter angestellt, der dieses schnelle Fahren abgestellt hat, jetzt ist aber auch dieses Organ weg und die Wagen sausen wieder mit beängstigender Geschwindigkeit durch die Laudongasse. Schliesslich sei auch die Ueberfüllung der Strassenbahnwagen geradezu unerträglich und wäre dies in der Periode der früheren Verwaltung vorgekommen, so hätten die Blätter spaltenlange Artikel geschrieben. Jetzt, wo die Strassenbahn über Geld verfügt, wäre diese arge Ueberfüllung doch nicht notwendig. Auch der neue Unfug mit der Propaganda in den Strassenbahnhöfen für den Verein Freie Schule-Kinderfreunde müsse abgestellt werden.

GR. Karasek (chr. soz.) macht auf einen Antrag aufmerksam, der seinerzeit von den Christlichsozialen gestellt worden und in dem eine Schleife bei der Endstation des 4er Wagens verlangt wird. Das wäre sehr notwendig, weil dort ein starker Verkehr ist. Auch die Verhältnisse auf der Linie 8 sind unhaltbar, dort herrsche besonders in den Morgen- und Abendstunden ein unerhörter Andrang.

GR. Biber (chr. soz.) regt an, dass die Schleife beim Favoritenplatz endlich durchgeführt wird.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass der Vorgarten des Kaffee Dobner nur verändert aber nicht verkleinert wird. Die Beschwerden über die Linie 5 sind durch die Anlegung eines neuen Gleisbogens hinfällig geworden, wenn dort zu schnell gefahren werde, so werde dies untersucht werden. Der Ausbau der Linie nach Salsmanskopf koste mehr als 20 Milliarden und sei daher jetzt noch nicht möglich. Die Geleiseschleife auf dem Favoritenplatz wurde über Verlangen der Bevölkerung entfernt und stelle auch gar keine Notwendigkeit dar, da dort eine Haltestelle nicht errichtet werden könne.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen.

St. R. Siegel referiert über das vorletzte Projekt des Bauprogrammes, die Wohnbauanlage im 20. Bezirk, Konstanziagasse, das vom Architekten Professor Dr. Peter Behres stammt.

G. R. Kunschak polemisiert gegen das Projekt, dem er vorwirft, dass es Räume enthalte, die nur indirektes Licht empfangen und ferner Mistablagungsstätten werden würden.

GR. Biber (chr. soz.) bespricht die ungarischen Ziegellieferungen, die sich leicht vermeiden hätten lassen können, wenn bei der Uebernahme städtische Prüfungsorgane anwesend gewesen wären. In der letzten Zeit haben sich auf Gemeindebauten eine Reihe von Unglücksfällen ereignet, die für eine ungeheure Schlamperie bei der Bauführung sprechen. Sonst könne es doch nicht vorkommen, dass Personen durch Zementsäcke, die ins Rutschen kommen, schweren körperlichen Schaden leiden. Es sei entsetzlich, wenn berichtet wird, dass ein junger Mensch, der in eine Betonmischmaschine gekrochen ist, direkt zermalmt wurde. Das grösste Unglücksfall ist aber bei dem Bau des Kinderheims in Favoriten zu verzeichnen, wobei ein Menschenleben zugrunde ging. Die Prüfung der Bruchstücke hat dort ergeben, dass die Festigkeit auf Bruch nicht einmal ein Zwanzigstel der vorgeschriebenen Stärke war. Es sei kein Wunder, dass wenn solche Dinge vorkommen, dass das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die Wohnhausbauten der Gemeinde erschüttert werde.

Stadtrat Siegel erklärt in seinem Schlusswort, dass es nicht in der Ordnung sei, wenn die Minderheit der Mehrheit an den beiden Unglücksfällen, die sich in der letzten Zeit auf den Bauten der Gemeinde Wien ereignet haben, die Schuld gebe. Nach dem Gesetz ist immer der bauführende Unternehmer für den Bau verantwortlich. In dem einen Fall handelt es sich um die Firma Kraus, Mayreder & Co. eine erstklassige Firma und es sollen sich die Christlichsozialen nur erinnern, dass Mayreder unter ihrer Herrschaft doch selbst Stadtrat war und das Bauwesen geführt hat. Es sei sicherlich nicht in Ordnung, wenn heute der Gemeinde wegen der Unglücksfälle so schwere Vorwürfe gemacht würden. Es ist noch gar nicht so lange her, da hat sich in Ottakring, bei einem Wohnhausbau der Firma Warchalovsky, ein schwerer Einsturz ereignet und diesen Bau hat niemand geringerer ausgeführt, als ein früherer christlichsozialer Nationalrat und Stadtbaudirektor von Wien. Auch beim Bau der Anstalt Steinhof sind solche Unglücksfälle vorgekommen und es wäre damals niemand eingefallen, die christlichsoziale Landesregierung anzugreifen. Wenn schliesslich ein junger Arbeiter im Uebermut in die Zementmischmaschine kriecht und ein anderer Arbeiter die Maschine in Betrieb setzt, so dass der unglückliche junge Mensch zermalmt wird, so muss das tief bedauert, aber kann doch niemals der Gemeinde eine Schuld zugemessen werden. Wenn sich Unglücksfälle auf Gemeindebauten ereignen, so so dass auch darauf zurückzuführen, dass eben sonst keinerlei Bauten aufgeführt werden. Was die Vorläge anlangt, so sei auf die Anwürfe wegen der geringen Belichtung zu antworten, dass nur Vorräume, aber nicht Wohnräume ungenügend belichtet sind.

GR. Biber berichtigt mehrere Behauptungen des Referenten, worauf Stadtrat Siegel einige Richtigstellungen macht und feststellt, dass die Unternehmer auch bei dem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Material volle Verantwortung tragen.

Unter lebhafter Unruhe des wird der Antrag des Referenten von der Mehrheit angenommen.

Am Schluss der Sitzung begründet G. R. Orel die Dringlichkeit seines Antrages, dass die Kapelle auf dem Gersthofer Friedhofe, die eben besichtigt worden sei, wieder neu errichtet werde. Als er im Verlaufe seiner Ausführungen von jüdischem Hass und jüdischer Frechheit spricht die in der Massnahme des Stadtrates Tandler zum Ausdruck gelangt, ruft ihn der Bürgermeister zur Ordnung. Bei der Abstimmung wird dem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt. um 3/4 III Uhr Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.